

PRESSEMITTEILUNG

15. November 2024

Sanktionen der EZB gegen Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat, Luxembourg wegen Falschmeldung der Kapitalanforderungen

- EZB verhängt Bußgelder in Höhe von insgesamt 1,685 Mio. € gegen Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat, Luxembourg
- Bank verstieß gegen Meldevorschriften für das Markt- und Kreditrisiko

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat gegen die Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat, Luxembourg zwei Verwaltungsgeldbußen in Höhe von insgesamt 1,685 Mio. € verhängt, weil die Bank ihre risikogewichteten Aktiva für das Markt- und Kreditrisiko falsch berechnet und dementsprechend falsch gemeldet hat.

In den Jahren 2018 bis 2022 wies die Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat, Luxembourg über einen Zeitraum von 17 aufeinanderfolgenden Quartalen ihre risikogewichteten Aktiva im Zusammenhang mit Fremdwährungspositionen zu niedrig aus, da sie ihre auf US-Dollar lautenden Positionen in den Eigenmittelanforderungen für das Fremdwährungsrisiko nicht korrekt gemäß den aufsichtlichen Anforderungen erfasste.

Darüber hinaus wies die Bank ihre risikogewichteten Aktiva von 2021 bis 2023 acht Quartale in Folge zu niedrig aus, indem sie bei der Berechnung des Risikopositionsbetrags qualifizierter Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors eine indirekte Beteiligung nicht berücksichtigte. Der entsprechende Forderungsbetrag wurde demnach nicht von den Eigenmitteln abgezogen, und es wurde nicht die im geltenden Rahmenwerk vorgeschriebene korrekte Risikogewichtung angewendet.

Die risikogewichteten Aktiva sind ein Maß für das Risiko, das die Banken in ihren Büchern halten. Sie dienen ihnen als Grundlage für die Berechnung ihrer Kapitalanforderungen. Werden die risikogewichteten Aktiva zu niedrig angesetzt, bedeutet dies, dass die Bank ihre Kapitalanforderungen nicht richtig berechnet und zu hohe Kapitalquoten meldet. Dies hindert die EZB daran, sich ein

umfassendes Bild vom Risikoprofil der Bank zu machen. Die Kapitalquoten sind ein wichtiger Indikator für die Kapitalstärke einer Bank und ihre Fähigkeit, Verluste zu absorbieren.

Bei der Bestimmung der Höhe von Verwaltungsgeldbußen für Banken legt die EZB ihren einschlägigen Leitfaden ([Guide to the method of setting administrative pecuniary penalties pursuant to Article 18\(1\) and \(7\) of Council Regulation \(EU\) No 1024/2013](#)) zugrunde. Im vorliegenden Fall stufte sie die Verstöße als mittelschwer („moderately severe“) ein.

Weitere Informationen zu den von der EZB verhängten Sanktionen finden sich auf der [Website der EZB-Bankenaufsicht](#).

Die Bank kann vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Rechtsmittel gegen den Beschluss der EZB einlegen.

Kontakt für Medienanfragen: [Ettore Fanciulli](#) (Tel.: +49 172 2570 849)

Anmerkung

- Die Befugnis der EZB zur Verhängung von Sanktionen beruht auf Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank.
- Gegen den Beschluss über die Verhängung von Sanktionen können vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Rechtsmittel eingelegt werden. Dabei sind die in Artikel 263 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Bedingungen und Fristen einzuhalten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation
Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland
Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu
Internet: www.bankingsupervision.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.